



Wahlprüfsteine der Insel- und Halligkonferenz

Küstenschutzabgabe

Forderung der Insel- und Halligkonferenz:

1. Küstenschutz ist eine klassische Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Land. Die Strukturen und ihre Finanzierung haben sich bewährt und sollten in der bestehenden Praxis fortgeführt werden. Wachsende Herausforderungen durch den Klimawandel sind gesamtgesellschaftlich verursacht und erfordern gesamtgesellschaftliche Anstrengungen zur Lösung bzw. Anpassung.
2. Eine Abwälzung der Finanzierung auf die Eigentümer in den überflutungsgefährdeten Küstenniederungen lehnen wir ab.
3. Die Verankerung einer Küstenschutzabgabe im Landeswassergesetz ist ersatzlos zu streichen.

Wie können Sie uns unterstützen, die Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz auch im Rahmen des Klimawandels sicherzustellen?

Der Küstenschutz hat als Schutz der Menschen gerade angesichts des Klimawandels in jedem Fall Vorrang vor anderen Interessen und muss in der bewährten Form der Gemeinschaftsaufgabe weiter geführt werden. Dafür werden wir uns einsetzen.

Die von der Landesregierung vorgeschlagene Küstenschutzabgabe haben wir abgelehnt, da sie zu einer ungerechten Lastenverteilung im Lande führt. Diese Auffassung haben wir offensiv vertreten.

CO₂ Endlagerung

Forderung der Insel- und Halligkonferenz:

4. Eine CO₂ Verpressung in Nordfriesland und unter dem Wattenmeer ist mit dem Nationalparkstatus und UNESCO Biosphärenstatus nicht vereinbar.
5. Die CCS Technologie ist bestenfalls eine Übergangstechnologie, die den Weg zu einer sicheren, nachhaltigen Energieversorgung nicht sichert, sondern verzögert.
6. Die Landesregierung soll alle möglichen Energieeinsparpotentiale nutzen und die Chancen für erneuerbare Energien verbessern sowie die Forschung für eine Wiederverwertbarkeit von CO₂ voranbringen

Wie können Sie dazu beitragen, die CCS Technologie in Schleswig-Holstein zu verhindern?

Wir haben uns stets für die vollständige und uneingeschränkte Ablehnung der CCS-Technik ausgesprochen und lehnen deren großtechnische Erprobung ab. Angesichts ihrer technischen und wirtschaftlichen Ineffizienz und der vielfältigen ungeklärten Risiken kann die CCS-Technik kein geeigneter Weg zur Vermeidung zusätzlicher CO₂-Emissionen sein. Ihre Einführung würde gleichzeitig erhebliche Mehrbelastungen für Stromkunden und Steuerzahler bewirken. Wir lehnen die CCS Technik und damit auch die Einlagerung von CO₂. Dabei bleiben wir und werden uns entsprechend einsetzen.

Küstenwache, Sicherheit auf See

Forderung der Insel- und Halligkonferenz:

7. Umsetzung der nationalen Küstenwache durch Zusammenfassung der Bundeseinheiten unter ein Kommando.
8. Schaffung der rechtlichen Grundlagen für eine eindeutige Sicherheitsstruktur in der Nordsee und den Küstengewässern, die den neuen Herausforderungen der Meeresnutzung (Offshore Windparks, Rohstoffgewinnung, wachsender Schiffsverkehr) Rechnung trägt.
9. Grenzüberschreitende Raumplanung im Küstenbereich und der allgemeinen Wirtschaftszone.

Auch wenn primär die Bundesebene angesprochen ist, kann die Landespolitik Einfluss nehmen. Wie können Sie uns an den Schnittstellen zum Bund und den dänischen Nachbarn unterstützen?

Wir setzen uns zur Erhöhung der Sicherheit auf See für die Einrichtung einer nationalen Küstenwache ein. Gemeinsam mit dem Bund und den beteiligten Küstenländern wollen wir die unterschiedlichen Zuständigkeiten und Eingriffsmöglichkeiten zusammenführen um die Gefahrenabwehr auf See und den Katastrophen- und Umweltschutz noch effektiver zu machen. Die Einrichtung des Havariekommandos war ein richtiger Schritt, nötige Verbesserungen werden wir vornehmen.

Die rechtlichen Grundlagen für die Sicherheitsarchitektur in den Häfen, Küstengewässern und auf der hohen See können nur von Bund und Ländern gemeinsam verändert werden. Die Havarie der „Pallas“ 1998 hat uns gezeigt, dass die unterschiedlichen Zuständigkeiten und Abgrenzungsschwierigkeiten von Kompetenzen im Ernstfall eine zusätzliche Gefahr darstellen kann. Dem haben wir durch die Einrichtung des Havariekommandos in Cuxhaven als gemeinsamer Stelle des Bundes und der Länder schon Rechnung getragen. Durch die intensivere Nutzung der Küstengewässer durch Seeverkehr und Energiegewinnung verschärft sich diese Situation jedoch zunehmend. Wir werden uns daher dafür einsetzen, gemäß der Erkenntnisse der „Grobecker-Kommission“ hier gemeinsam mit dem Bund und den anderen Küstenländern zu einer Neuordnung der Zuständigkeiten oder Flexibilisierung der Eingriffsmöglichkeiten zu kommen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich für eine Zusammenfassung der Bundeskräfte einsetzen. Dieser Schritt, der ohne Änderung des Grundgesetzes möglich wäre, ist bisher durch die Einzelinteressen der beteiligten Bundesministerien verhindert worden. Wir werden auch unsere guten Kontakte zu unseren dänischen Nachbarn nutzen, um die Zusammenarbeit bei Küstenschutz und Schiffssicherheit, aber auch Raumplanung und wirtschaftlicher Nutzung der Küstengewässer weiter zu verbessern. Wir können

hierbei an die erfolgreiche Arbeit der letzten sozialdemokratisch geführten Landesregierung auf europäischer Ebene anknüpfen.

Mobilität, Anbindung und Erreichbarkeit der Inseln und Halligen einschließlich der Hochseeinsel Helgoland

Forderung der Insel- und Halligkonferenz:

10. Sicherung und Verbesserung des Verkehrs zu und zwischen den Inseln und Halligen, auch in den Wintermonaten

11. Beibehaltung der reduzierten Mehrwertsteuer für die Ausflugschifffahrt.

12. Einführung eines Fahrgastinformationssystems an den Schnittstellen Fernverkehr, Nahverkehr und Zubringerverkehr zu den Fähren

13. Anbindung der Inseln an die Nord/Süd-Achse Esbjerg-Hamburg, Ausbau der Langsam-Fahrstrecken der Marschenbahn, Ausbau der B5

14. Anbindung der Inseln und Halligen an eine zukunftsfähige Breitbandinfrastruktur.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Anbindung der Inseln und Halligen einem Stand entsprechen, der die Teilhabe an der Daseinsvorsorge und dem gesellschaftlichen Leben in Schleswig-Holstein gewährleistet.

Die Inseln und Halligen werden im Zuge des demografischen Wandels noch einmal besondere Bedeutung bekommen, denn sie zeigen, wie sich auch in sehr bevölkerungsarmen Regionen unseres Landes öffentliche Daseinsvorsorge organisieren lässt. Das bedeutet nicht, dass das, was wünschenswert wäre – und dazu gehört eine optimale Infrastruktur vor Ort – immer erreichbar sein wird.

Mit der Landesweiten Verkehrsservicegesellschaft, die wir unter SPD- Regierung bereits 1996 eingerichtet haben, ist es bereits gelungen, die Verkehre in Schleswig-Holstein gut aufeinander abzustimmen. Gut ist nicht immer gut genug, und gerade was die Taktungen zu den Inseln betrifft, sollten wir in der nächsten Legislaturperiode nach konkreten, für die Menschen spürbaren, Verbesserungsmöglichkeiten suchen.

Was die reduzierte Mehrwertsteuer für die Ausflugschifffahrt betrifft, will die SPD den gesamten Katalog der reduzierten Sätze überarbeiten und orientiert an ihren ursprünglichen Zwecken ausgestalten.

Der Ausbau der Inseln an das Breitbandnetz ist aus Sicht der SPD notwendig, auch, um die örtliche Wirtschaft zu stärken und um die Inseln für die Ansiedlung von Unternehmen und von jungen Familien attraktiver zu machen. Das Fehlen eines leistungsfähigen Internet-Zugangs gefährdet Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit. Wir wollen mit den Netzanbietern zu verbindlichen Verabredungen kommen, damit Schleswig-Holstein nicht in Regionen mit schnellem Breitband und weithin unversorgten Gebieten gespalten wird. Hierfür brauchen wir moderne, flexible Lösungen. Das muss zügig angegangen werden.

Auch für die Inseln und Halligen gilt, dass wir Abwanderung durch eine Stärkung des gemeindlichen Lebens verhindern und die Eigenständigkeit der ländlichen Räume stärken wollen. Dazu gehören Markttreffs für eine ortsnahe Versorgung, ein lebendiges Vereinsleben, lokale Dienstleistungen und ärztliche Versorgung, landwirtschaftliche Betriebe, lokales Handwerk, Ausbau der Breitbandversorgung (Glasfaser) und der Anschluss an den öffentlichen Personennahverkehr. Dies alles soll weiterhin über das erfolgreiche Modell der Aktiv-Regionen unterstützt werden.

Die Verkehrs-Infrastruktur muss gestärkt werden, dazu gehört auch, dass die Strecke der Marschenbahn an moderne Anforderungen angepasst wird. Hier ist jedoch nicht

das Land Schleswig- Holstein gefragt. Wir werden allerdings in Regierungsverantwortung dieses Thema gegenüber Bundesverkehrsministerium und Deutscher Bahn wieder deutlich benennen. Auch die B5 darf nicht abgehängt werden. Zurzeit laufen auch Planfeststellungsverfahren. Uns ist nicht gelungen, das CDU geführte Ministerium zu einer klaren und eindeutigen Aussage über den Stand und die Inhalte zu bewegen.

Hier werden wir uns nach Regierungsübernahme zunächst ein Bild machen müssen, bevor wir konkret mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger die nächsten Schritte in Angriff nehmen.

Klimaschutz

Forderung der Insel- und Halligkonferenz:

15. Beschleunigung des Netzausbaus von Nordfriesland zu den Ballungsgebieten
16. Repowering der Windkraftanlagen auf Pellworm und Föhr
17. Ausbau der Investitionsbank mit der Energie-Agentur zu einem fachlichen und fördertechnischen Beratungszentrum für Kommunen, Betriebe und Privathaushalte.

Wie können sie die Inseln und Halligen unterstützen, im Spannungsfeld von Küstenschutz, Naturschutz, Anpassung an den Klimawandel, Regionalplanung und kultureller Identität, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Es ist ein großer Erfolg, dass die Erneuerbaren Energien in Nordfriesland schon heute erheblich mehr zur Stromproduktion in der Region beitragen als dort verbraucht werden kann. Diese Erfolgsstory wollen wir fortsetzen. Der beschleunigte Netzausbau zum Abtransport in die Ballungsgebiete ist dabei die Voraussetzung. Die heutige Situation mit unververtretbaren Mengen zu erzeugenden Stromes ohne gesicherten Abtransport muss beendet werden. Dafür werden wir uns weiter auf allen Ebenen einsetzen.

Die Möglichkeit des Repowering auf den Inseln im Nationalpark Wattenmeer kann wegen fehlender Eignungsgebiete nur sorgfältig und im Einzelfall genutzt werden. Dies kann und muss unter Berücksichtigung aller Interessen diskutiert und ggf. weiter stattfinden. Die Investitionsbank ist die Förder- und Beratungseinrichtung des Landes und muss auch im Bereich Energie weiter ausgebaut werden. Dies werden wir aufgreifen.

Daseinsvorsorge angesichts des demographischen Wandels

Forderung der Insel- und Halligkonferenz:

18. Nachhaltige Sicherstellung der schulischen Versorgung auf den Halligen und Inseln
19. Sicherung der ärztlichen Versorgung
20. Ausbau der Betreuungsangebote für Senioren und Pflegebedürftige
21. Förderung von bezahlbarem Wohnraum für Insel- und Halligbewohner, insbesondere junge Familien und Senioren

Wie können sie die Inseln- und Halligkommunen bei ihren Bemühungen unterstützen, die Daseinsvorsorge nachhaltig zu sichern.

Aus unserer Sicht bleibt es selbstverständlich, dass die Mindestgrößenverordnung nicht angewendet wird und dass jedes Kind auf den Inseln und Halligen ein Recht auf Unterricht hat. Etwaige Veränderungen der Schulstruktur auf den Inseln und Halligen müssen von den Schulträgern im Rahmen der Schulentwicklungsplanung entschieden werden.

Eine hochwertige medizinische Versorgung aller Menschen in Schleswig-Holstein muss unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Vermögen und Wohnort gelten. Wir wollen daher die regionale und wohnortnahe medizinische Versorgung der Menschen in allen Regionen Schleswig-Holsteins festigen. Dabei hat die hausärztliche Versorgung der Menschen eine wesentliche Lotsenfunktion für die Verzahnung medizinischer, pflegerischer und sozialer Maßnahmen. Für eine Sicherung der ärztlichen Versorgung setzen wir auf eine an der Morbiditätsentwicklung ausgerichtete, flexible und kleinräumige Versorgungsplanung, die an der Erreichbarkeit von medizinischen und pflegerischen Versorgungsleistungen für Patientinnen und Patienten ausgerichtet ist. Des Weiteren wollen wir regionale Gesundheitskonferenzen einrichten und damit die betroffenen Kommunen stärker einbinden. Die Bildung von lokalen Gesundheitszentren, die eine ortsnahe hausärztliche und pflegerische Versorgung sicherstellen, wäre eine Möglichkeit. Zusätzlich ist auch eine stärkere Entlastung der Ärzte durch Delegation von Verwaltung und ambulanten nichtärztlichen Hilfsdiensten denkbar. Gerade für die Halligbewohnerinnen und –bewohner müssen ggf. neue Wege der Mobilität für eine gute medizinische Versorgung gegangen werden. Für die Inseln benötigen wir in Zukunft vor allem Ansiedlungsanreize für junge Ärztinnen und Ärzte sowie für Pflege- und weitere Betreuungsfachkräfte. Neben einer verbesserten regionalen Planung der medizinischen Versorgung ist eine sektorenübergreifende Weiterentwicklung notwendig. Die Verknüpfung von ambulanter und stationärer Krankenversorgung werden wir weiter vorantreiben. Dabei ist die stationäre Versorgung auf den Inseln mit den Inselkrankenhäusern auf Helgoland, in Wyk auf Föhr und in Westerland auf Sylt gut aufgestellt. Für eine bessere finanzielle Ausstattung der Krankenhäuser brauchen wir einen bundeseinheitlichen Basisfallwert. Dieses Ziel hatten wir unter der SPD-Regierung 2008 schon erreicht und wurde unter der CDU-FDP geführter Regierung wieder verwässert. Die SPD wird sich weiter einsetzen, dass der 2008 ausgehandelte Kompromiss für einen bundeseinheitlichen Basisfallwert wieder umgesetzt wird.

Im Bereich Pflege setzt die SPD auf die Pflege im Quartier und in der Kommune. Begleitung und Unterstützung der pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörigen braucht eine umfassende, sozialräumliche und integrierte Sozialplanung, die nur auf örtlicher Ebene erfüllt werden kann. Diese Vernetzung der sozialen Dienstleistungen und anderer infrastruktureller Angebote muss auch die Selbsthilfe, das Ehrenamt und die nachbarschaftlichen Hilfen einbeziehen. Kommunale Pflegeplanung darf sich nicht auf die zahlenmäßige Erfassung von Einrichtungen der stationären und ambulanten Pflege beschränken. In den Kommunen müssen die Alltagsinfrastruktur, die Unterstützungsinfrastruktur vor und bei Pflegebedürftigkeit und die Infrastruktur zur Stärkung der Selbsthilfepotentiale vorhanden sein, um den demografischen Wandel zu gestalten. Insbesondere die Beratungsangebote sind wichtige Bausteine für ein umfassendes Versorgungskonzept. Die SPD hat sich daher sehr für die Einrichtung von Pflegestützpunkten eingesetzt. Leider sind diese noch nicht überall eingerichtet.

Hierfür werden wir uns weiter engagieren. Für ein Beratungsangebot auf den Inseln sind mobile Sprechzeiten unerlässlich.

Wir setzen uns dafür ein, in allen Landesteilen, insbesondere auf den Inseln bezahlbaren Wohnraum zu schaffen oder zu erhalten. Hierbei ist das Zweckvermögen Wohnungsbau des Landes Schleswig-Holstein für uns unverzichtbares Steuerungs- und Finanzierungsinstrument für die Sicherstellung bezahlbaren und zukunftsfähigen Wohnraums. Wir halten für die besondere Situation auf den Inseln, insbesondere auf Sylt und Föhr kommunale Förderungsfonds für erforderlich.

Hierzu bedarf es der Erarbeitung von Wohnungsmarktkonzepten. Mit diesen Instrumenten gibt es eine verstärkte Einflussnahme der Kommunalpolitik auf den Einsatz der Wohnungsbauförderungsmittel.